

Antisemitismus

## Diese Konferenz ist eine Schande

18. März 2025, 15:46 Uhr | Lesezeit: 6 Min.

**Israel plant eine Tagung zu Antisemitismus und lädt vor allem Rechtsradikale ein. Benjamin Netanjahu zeigt damit, wo er politisch steht – und allen wirklichen Freunden Israels, wen sie unterstützen sollten.**

*Gastbeitrag von Michael Brenner*

Man stelle sich vor, die Bundesregierung organisiert eine Konferenz gegen Fremdenfeindlichkeit und lädt dazu in erster Linie politische Stimmen aus der AfD und der FPÖ ein. Als Hauptrednerin darf sich Giorgia Meloni in Szene setzen. So ungefähr liest sich das Programm einer „Internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus“, zu der Israels Diaspora-Minister Amichai Chikli am 26. und 27. März nach Jerusalem eingeladen hat.

Wenn man sich die Gästeliste ansieht, kommt einem die Gänsehaut. Vertreten sind vor allem Abgeordnete der rechtsradikalen Parteien Europas, von Frankreich über die Niederlande bis nach Ungarn. Natürlich dürfen in dieser Runde auch die konservativen amerikanischen Evangelikalen nicht fehlen, die vom Netanjahu-Freund Mike Evans vertreten werden. Eröffnungssprecher ist, passend für die Runde, Argentiniens Präsident Javier Milei. Ob er mit der Kettensäge kommen wird, hat er noch nicht verraten. Irgendwann ist auch noch der Putin-Freund und Präsident der Republika Srpska an der Reihe, Milorad Dodik. Dass sich Premier Netanjahu in diesem Kreis wohlfühlt, mag niemanden mehr verwundern. Seine Likud-Partei hat seit Februar Beobachterstatus bei den „Patrioten für Europa“ inne, der Fraktion im Europäischen Parlament, der auch die FPÖ und Viktor Orbáns Fidesz angehören.

Weniger wohl fühlte sich der als Hauptredner vorgesehene Bernard-Henri Lévy, die französisch-jüdische Ikone im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus. Als er die Liste der Eingeladenen sah, sagte er schnellstens wieder ab. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, tat das einzig Richtige und folgte ihm. Ebenso der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Volker Beck, der ehemalige Kanzlerkandidat Armin Laschet, der britische Oberrabbiner Ephraim Mirvis. Es wird wohl weitere Absagen geben.

## **Eine Abordnung der AfD einzuladen, haben die Organisatoren sich dann doch (noch) nicht getraut**

Antisemitismusexperten sind bei dieser Antisemitismuskonferenz ohnehin nicht erwünscht. Sie hätten vielleicht ein etwas differenzierteres Bild gezeichnet als das eines von Muslimen überlaufenen Europas, und womöglich neben dem linken und dem islamistischen Antisemitismus auch den guten alten – und leider weiterhin aktiven – Antisemitismus von rechts thematisiert. Diese Gefahr besteht bei den „Patrioten für Europa“ gewiss nicht: weder bei dem Niederländer Sebastian Stöteler, noch bei dem Franzosen Jordan Bardella oder dem spanischen Vox-Abgeordneten Hermann Tertsch, dessen Vater einst SA-Sturmführer war und als Diplomat des NS-Staates nach Madrid entsandt wurde. Übrigens, eine Abordnung der AfD haben die Organisatoren sich dann doch (noch) nicht getraut einzuladen.

Diese Tagung ist keine Konferenz zur Bekämpfung des Antisemitismus, sondern eine Konferenz zur Stärkung des Antisemitismus. Die rechtsnationale israelische Regierung hat schon lange mit Europas Rechten geflirtet, doch bisher noch so viel Schamempfinden an den Tag gelegt, dass man rechtsextreme Politiker nicht nach Israel einlud. Diese Brandmauer ist nun durchbrochen – und das ausgerechnet für eine Antisemitismuskonferenz. Damit nehmen die Organisatoren all denjenigen den Wind aus den Segeln, die vor dem weiterhin bedrohlichen antisemitischen Gedankengut der äußersten Rechten warnen. Für den Kampf gegen den Antisemitismus bedeutet das einen schweren Schlag, denn mit so einer Besetzung verliert er an Glaubwürdigkeit.

Der Hardliner von Netanjahus Likud-Partei, Amichai Chikli, dessen genauer Titel lautet „Minister für Diaspora-Angelegenheiten und zur Bekämpfung des Antisemitismus“, stellt sich damit in eine Reihe mit Elon Musk und J. D. Vance, die offen die AfD im deutschen Wahlkampf unterstützen. Wenn das Israels neue Freunde sind, kann man es nur mit Voltaire halten: „Gott schütze uns vor unseren Freunden. Gegen unsere Feinde können wir uns selbst wehren.“ Für Europas jüdische Gemeinden, die weiterhin auf Distanz zu den rechtsextremen Parteien gehen, kann Chikli jedenfalls kein Ansprechpartner mehr sein.

Die Vordenker und prägenden Gestalten des Staates von Theodor Herzl über David Ben-Gurion bis Schimon Peres und Jitzchak Rabin würden sich gemeinsam mit den Gründern von Yad Vashem und dessen unlängst verstorbenem wissenschaftlichen Leiter Yehuda Bauer im Grab umdrehen, sähen sie das Gruselkabinett dieser Tagung vor sich. Die israelische Regierung braucht nicht mehr auf die Fehler ihrer Feinde zu warten, sie liefert ihren Freunden nun selbst Waffen gegen sich. Für einigermaßen liberal und demokratisch denkende Menschen ist sie nach dieser Konferenz als Partner im Kampf gegen den Antisemitismus eigentlich nicht mehr ernst zu nehmen.

## **Rechtsextreme verabscheuen Muslime nur ein bisschen mehr als Juden**

Das ist eine sehr traurige Erkenntnis für all diejenigen, die an die Bedeutung eines jüdischen Staates und an die Sicherheit der Juden in der Diaspora glauben, denn diese Kapitulation vor den Rechten ist vor allem eines: ein Sieg der Gegner Israels und der Antisemiten. Und sie kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem ein traumatisiertes und tief gespaltenes Israel breite Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft, und nicht nur von rechts, dringend nötig hat. So wird dies nicht gelingen.

Eine Antisemitismus-Konferenz mit Rechtsradikalen ist eher ein unbedeutendes Ereignis in der Bilanz der derzeitigen Netanjahu-Regierung, im Vergleich zu ihrem Versagen am 7. Oktober 2023, zur unkontrollierten Kriegsführung in Gaza, zu den halbherzigen Verhandlungen für die Befreiung aller israelischen Geiseln, zur Bändigung ihrer eigenen rechtsradikalen Minister, zur geplanten Umstrukturierung des Justizwesens, zur Entlassung des Verteidigungsministers und nun auch noch zur geplanten Absetzung des Geheimdienstchefs. Symbolisch aber zeigt diese Konferenz, an welchem Punkt Netanjahu, ermutigt von Trump und Musk, mittlerweile angelangt ist.

Liberales Juden wie alle Freunde Israels, die sich weiterhin als Zionisten definieren und die Notwendigkeit eines jüdischen Staates anerkennen, bewegen sich auf einem sehr schmalen Pfad. Auf der linken Seite tut sich der Abgrund einer immer stärker werdenden antizionistischen Strömung auf, die vor allem an den amerikanischen Universitäten sichtbar geworden ist. Sie vereinfacht den Zionismus als ein Unternehmen des europäischen Siedlerkolonialismus und spricht dem Staat Israel die Existenzberechtigung ab. Dabei verkennt sie die historischen Wurzeln des jüdischen Volkes ebenso wie die Gründe, die zur Etablierung des Staats Israel führten, und die Tatsache, dass die Hälfte der jüdischen Israelis aus arabischen Ländern flüchtete beziehungsweise vertrieben wurde.

Auf der rechten Seite – und das beinhaltet die derzeitige israelische Regierung – stehen diejenigen, die aus religiösen oder nationalistischen Gründen den Palästinensern das Recht auf Eigenstaatlichkeit verweigern und bereit sind, Teile der demokratischen Strukturen des Staates zu kompromittieren. In den jüdischen Gemeinschaften außerhalb Israels, die sich durch verbale und physische Attacken zunehmend unter Druck gesetzt fühlen, wächst die Bereitschaft, rechte und muslimfeindliche Kräfte als ihre vermeintlichen Verbündeten im Kampf gegen den Terror anzusehen. Dabei vergessen sie, dass diese Rechtsextremen die Muslime nur ein wenig mehr verabscheuen als die Juden, die genauso auf ihrer schwarzen Liste stehen.

## **Es geht für Israel nicht nur um das physische Überleben, sondern auch um das spirituelle Überleben**

Zwischen diesen Abgründen bewegen sich all diejenigen, die weiterhin an die Möglichkeit eines jüdischen und demokratischen Staates glauben, der auf einem säkularen Fundament steht, seinen nichtjüdischen Staatsbürgern gleiche Rechte einräumt und die Existenz eines palästinensischen Staates ermöglichen kann. Die politische Vertretung der Palästinenser wie auch der arabischen Staaten haben es im Laufe der Geschichte selbst denjenigen, die in Israel an diese Vision glauben, nicht leicht gemacht, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Die Sicherheit Israels muss gewährleistet sein. Aber es geht für Israel nicht nur um das physische Überleben, sondern auch um das spirituelle Überleben. Mit anderen Worten: Kann der Staat Israel den humanistischen Prinzipien treu bleiben, die Theodor Herzl und seine Mitstreiter einst geprägt hatten und die David Ben-Gurion in der Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948 verlesen hat? Oder entwickelt sich der Staat nach den Gebietseroberungen des Sechstagekriegs von 1967, der innenpolitischen Wende nach rechts von 1977 und dem Terroranschlag von 2023 sowie dem Krieg in Gaza zu einem gänzlich neuen Gebilde?

Nicht nur Israel steht vor der Herausforderung, eine brüchige Demokratie zu verteidigen. Die älteste kontinuierlich bestehende Demokratie der Welt sieht sich nach dem Wahlerfolg von Donald Trump unter völlig anderen Umständen einer ähnlichen Bedrohung ausgesetzt. Und der Zustand der europäischen Demokratien ist ebenso bedenklich. Bevor wir also mit dem Zeigefinger auf andere verweisen, müssen wir uns mit ähnlichen Problemen vor der eigenen Haustür auseinandersetzen. In Deutschland gibt es zahlreiche Regionen, in denen die Stimmen von rechts außen und links außen zusammen längst eine absolute Mehrheit bilden.

Doch in Demokratien gibt es auch in schweren Zeiten immer ein Fünkchen Hoffnung: Netanjahu und Chikli können in Israel genauso wenig wie Trump und Musk in den USA ein Monopol für sich in Anspruch nehmen. Sie sind Teil einer mit knapper Mehrheit gewählten Regierung in einem demokratischen Land, und genauso wie sie gewählt wurden, können sie wieder abgewählt werden. Die Amerikaner haben es mit Trump bereits einmal praktiziert. In Israel gehen wöchentlich Hunderttausende zur Verteidigung demokratischer Werte auf die Straße, und in Wahlumfragen steht Netanjahu nicht gut da. Nur Israelis selbst können die nächste Wahl entscheiden, und für ausländische Regierungen gilt es bis dahin, auch unliebsame politische Konstellationen anzuerkennen. Aber für die Freunde Israels stellt sich, ähnlich wie für die Freunde der USA, immer weniger die Frage, ob sie Israel unterstützen wollen, sondern welches Israel sie unterstützen wollen: die mit Europas Rechtsextremen verbundene Regierung oder die vielfältige demokratische Opposition. Die Jerusalemer Antisemitismus-Tagung mag manchem, der sich noch nicht entschieden hat, die Antwort geliefert haben.

---

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:  
[www.sz.de/szplus-testen](http://www.sz.de/szplus-testen)

---

URL: [www.sz.de/li.3220971](http://www.sz.de/li.3220971)

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).